

„Wir sind Schulen – kein Ersatz“

09. Dezember 2021

KÖNIGSTEIN BNS und SAS gehen aus Sorge um finanzielle Unterstützung des Landes gemeinsam auf die Straße

„The Show Must Go On!“ Der Song der Band Queen, der gestern Vormittag über den Kapuzinerplatz klang, war die perfekte Musik zur Unterlegung einer Aktion – nicht nur für die Turn AG der Bischof-Neumann-Schule (BNS), sondern vor allem auch für das Anliegen, das rund 1000 Schülerinnen und Schüler in der Kurstadt zusammenführte.

Ausgehend von der BNS und der St. Angela-Schule (SAS) hatten sie Menschenketten in Richtung Innenstadt gebildet, um auf eine politische Diskussion aufmerksam zu machen, die an vielen hessischen Schulen in freier Trägerschaft derzeit mit Sorge verfolgt wird.

Es geht um die anstehende Novellierung des Gesetzes zur „Ersatzschulfinanzierung“ und damit auch um nicht weniger als die Zukunft der beiden Königsteiner Schulen in kirchlicher Trägerschaft.

Davon sind Michael Schuler, der Leiter der SAS, und sein Amtskollege von der BNS, Jens Henninger, überzeugt und entsprechend besorgt, dass die „Show“ für ihre Schulen irgendwann nicht mehr weitergeht.

Denn: Obwohl die Landesregierung bereits signalisiert hat, bei der Finanzierung der sogenannten Ersatzschulen ab 2024 etwas drauflegen zu wollen, fürchten die beiden Schulleiter, dass dieses „Etwas“ nicht ausreichen wird, um die Zukunft ihrer Einrichtungen zu sichern. Schließlich, so Henninger, klappte schon jetzt eine erhebliche Lücke zwischen dem, was gesetzlich zugesichert sei, und dem, was wirklich an BNS und SAS ankomme.

Eigentlich sei das Land dazu verpflichtet, für jede Schülerin und jeden Schüler einer Ersatzschule 85 Prozent der Kosten zu übernehmen, die an einer staatlichen Schule entstehen würden. Erhalten würden die Einrichtungen allerdings nur zwischen 60 und maximal 79 Prozent. „Und da ist der Inflationsausgleich noch nicht mal eingerechnet“, unterstreicht Schulleiter Henninger.

Die Ursache für dieses Missverhältnis zwischen Anspruch und Wirklichkeit sehen er wie auch sein Kollege von der St. Angela-Schule in der veralteten Bemessungsgrundlage des Landes.

Die orientiere sich noch an Zahlen, die 2011 festgeschrieben und in den vergangenen zehn Jahren nicht mehr an die steigenden Kosten im Schulwesen angepasst worden seien – zumindest

nicht bei den Schulen in freier Trägerschaft. Bei den staatlichen Schulen hingegen, so Henninger, sei sehr wohl draufgesetzt worden.

Dass das Land jetzt eine Novellierung des Gesetzes angehe, sei zwar grundsätzlich wichtig und richtig. Aus ersten Gesprächen mit der Landesregierung hätten die Träger der Ersatzschulen allerdings das ungute Gefühl mitgenommen, dass ihre Einrichtungen auch nach 2024 im Vergleich zu den staatlichen Schulen die Verlierer sein könnten.

Henninger: „Der Vorschlag des Hessischen Kultusministers liegt noch immer nicht bei 85 Prozent. Nach unseren Berechnungen kommen wir in den nächsten zehn Jahren nur auf 76,4 Prozent des Betrages.“ Das liege zum einen daran, dass die Bemessungsgrundlage wieder nicht angehoben werden solle. Zum anderen habe der Finanzminister erklärt, dass es für die Privatschulen nur einen bestimmten Betrag geben werde.

Kapuzinerplatz wird Klassenraum

Dass die beiden Schulleiter mit ihrer Sorge um die Zukunft ihrer Einrichtungen nicht alleine dastehen, untermauerte gestern Vormittag nicht nur der große „Auflauf“ in der Königsteiner Innenstadt, sondern auch eine Petition mit 13000 Unterschriften, die zur gleichen Zeit im Landtag in Wiesbaden übergeben wurde (siehe INFO).

Hatten die beiden Königsteiner Schulen ursprünglich vor, die Dringlichkeit ihres Anliegens mit vielen Schülern direkt in Wiesbaden zu untermauern, so hatte die Pandemie diesen Plan vereitelt und zum Umdenken gezwungen.

Statt in der Landeshauptstadt gingen BNS und SAS zu Hause auf



Michael Schuler, die SV-Vertreterinnen von SAS, Ketteler-La Roche-Schule und BNS sowie Jens Henninger und Elternvertreterin Birgit Czinkota (von links) machten sich gestern gemeinsam mit rund 1000 Schülern für eine faire Finanzierung der privaten Schulen in Hessen stark.

die Straße, um auf die Bedeutung der beiden traditionsreichen Bildungseinrichtungen für den Schulstandort Königstein aufmerksam zu machen. Und das mehr als kreativ.

So wurde der Kapuzinerplatz zum Klassenraum für einen „Unterricht am außerschulischen Lernort“ umfunktioniert, in dessen Verlauf den Verantwortlichen im Landtag der Marsch geblasen, der Stachel gezeigt und vor allem die grundgesetzlich verankerte Rolle der Privatschulen vor Augen geführt wurde.

Mit Nachdruck erinnerten die Schüler eines Leistungskurses Ge-

schichte der BNS an den Artikel 7 Absatz 4 des Grundgesetzes und an das darin festgeschriebene „Sonderungsverbot“. Demnach darf der Besuch einer Privatschule gerade nicht von den Vermögensverhältnissen der Eltern abhängen. Eine Vorgabe, die ganz im Sinne der Verantwortlichen von BNS und SAS ist. „Wir sind keine am Gewinn orientierten Unternehmen, sondern christliche Schulen“, hob Jens Henninger hervor, verbunden mit dem Hinweis, dass der Zugang zu Bildung keine Frage des Geldes sein dürfe.

Eine Erhöhung des Schulgeldes komme nicht in Frage, um die

immer größer werdende Finanzierungslücke zu stopfen. Viel wichtiger sei es, dass das Land seiner gesetzlichen Verpflichtung nachkomme.

Ein Plädoyer, das Birgit Czinkota stellvertretend für die Elternschaft gestern ebenso untermauerte wie die Sprecherinnen der Schülervertretungen von SAS und BNS.

Unterstützung in ihrem Ansehen erhielten die Königsteiner auch aus Oberursel. Von der privaten Ketteler-La Roche-Schule war Schulsprecherin Tamara gestern in die Kurstadt gekommen, um ihrerseits eine Lanze zu bre-

chen für mehr „Bildungsvielfalt statt Bildungseinheit“.

Gemeinsam mit ihren Mitschülern an der katholischen Fachschule für Sozialwesen hat sie eigens ein Video gedreht, um zu zeigen, wie wichtig ihre Schule für die Ausbildung von Sozialassistenten und Erziehern in der Region ist. Schon jetzt, betonte sie, seien Kitas und Krippen personell unterbesetzt. Diese Lage werde sich weiter verschärfen, wenn das Land weiterhin an ihrer und den anderen privaten Schulen spare, ist die junge Frau überzeugt.

STEFAN JUNG

Ersatzschulfinanzierung

„Freie Schulen fair finanzieren“ ist die Petition überschriften, die gestern an den Petitionsausschuss im Wiesbadener Landtag überreicht wurde. Mehrere hessische Privatschulen hatten sich hierfür zusammengetan, um sich für eine angemessene finanzielle Unterstützung des Landes über das hessische Ersatzschulfinanzierungsgesetz stark zu machen.

Neben der „Berechnung der Finanzhilfe auf Basis der aktuellsten verfügbaren Daten“ fordern die Unterzeichner darin auch eine „kontinuierliche Anpassung an die Kostenentwicklung“ und eine „regelmäßige unabhängige Evaluation der Fi-

nanzhilfeentwicklung“. Das Gesetz läuft in seiner aktuellen Fassung zum 31. Dezember 2023 aus. Daher wird im Kultusministerium an einer Novellierung gearbeitet. Hierzu wurde im Februar der Runde Tisch „Ersatzschulfinanzierung“ wieder einberufen, an dem Vertreter der Landesregierung und der Ersatzschulen sitzen. Aktuell liegen noch keine konkreten Zahlen auf dem Tisch. Im Fall von BNS und SAS finanzieren sich die Schulen über die Zahlungen des Landes, kirchliche Zuschüsse, Zuschüsse des Schulträgers, das von den Eltern zu zahlende Schulgeld sowie Zuwendungen der Fördervereine.

51



Sie stehen zu ihrer Schule: Schülerinnen der St. Angela-Schule bildeten gestern mit Schülern der BNS eine Menschenkette. FOTOS: JUNG